

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer an Feiertagen und dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,50. Monatlich 55 Pf. Nachzahlung für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 126.

Freitag, den 2. Juni 1899.

6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Der Freiheitskampf der Philippinos.

Die Monatschrift „Ostasien“, welche zwar in Berlin herausgegeben, aber von einem Japaner redigiert wird, veröffentlicht einen Brief aus Manila, der zur Beurtheilung des Kampfes auf den Philippinen werthvolles Material beibringt. Da der Verfasser aus eigener Kenntniss schreibt, so wiegt sein Zeugnis doppelt schwer. Herr Taya-Manila — so heißt der Verfasser des Briefes — schreibt:

„Die Situation hier wird immer unerträglicher, denn die amerikanischen Behörden leisten Großes in allen Arten von Gewaltthätigkeit: sie füßeln, ohne regelrecht einen Prozeß geführt zu haben, sie verhaften friedliche Civilisten und requiriren Chinesen und Pferde für den Dienst beim Train und den Ambulanzen. All dies geschieht vielleicht, um dem amerikanischen Volke, das nicht weiß, was hier vorgeht, die Tausende von Todten, Verwundeten und Gefangenen, welche General Otis in seinen täglichen Telegrammen uns angeblich verursacht bezw. abnimmt, glaubhafter zu machen. Unser Heer ist aber nicht nur intakt, sondern hat auch in jüngster Zeit bedeutende Verstärkungen herangezogen. Die Entrüstung im Archipel ist allgemein, und nur ein einziger Gedanke beherrscht uns alle: die treulosen Amerikaner, die unter der Maske der Humanität uns zum „Befreiungskampfe“ aufforderten, um schließlich verrätherischer Weise uns zu annektiren, aus diesem Lande hinauszujagen, das uns, ausschließlich uns, gehört. Obwohl in Manila die Hauptmasse der amerikanischen Armeen liegt, so beschränkt man doch jeden Augenblick eine Waffenhebung. Trotzdem hier die amerikanischen Regierungsbehörden thronen, herrscht gleichwohl ein anarchischer Zustand. Der Handel stockt völlig und die Lebensmittel, insbesondere Gemüse und Fische, welche letztere eine so wichtige Rolle im philippinischen Menu spielen, sind ungemein theuer geworden.“

Wenn Otis hinaus telegraphirt, daß hier alles ruhig ist, so ist das eine sehr geschmacklose und simple Weise, das Entgegengesetzte von der Wahrheit zu sagen, überdies hätte dann der General nicht heim depeßchiren sollen, daß er keine Garantie für das Leben der amerikanischen Offiziersfamilien übernehmen könne, welche außerhalb der Festung wohnen. Wenn der genannte General nicht einmal das Leben der Familien seiner Untergebenen und Staatsangehörigen schützen kann, dann darf es uns freilich nicht wunder nehmen, wenn ihm das Leben unserer Leute, die ja für ihn niedrig organisirte Lebewesen, Nigger und Rothhäute sind, keinen Pfifferling gilt. In Wahrheit geht, seit die Amerikaner uns bei dem Schopfe zu packen versuchten, alles drunter und drüber, trotzdem sie in hochtrabenden Worten dem Auslande versicherten, sie übernahmen die Garantie für die Ordnung und Ruhe des Landes; zum Besten der Humanität und im Namen der Humanität bombardiren sie schutzlose und unbefestigte Orte und knallen Weiber und Kinder nieder. Auch in den schlimmsten Tagen ihrer Schreckensherrschaft haben die Spanier nicht annähernd so viel in Bezug auf Barbarei geleistet, als die Amerikaner.

Wir blicken mit Zuversicht in die Zukunft, die uns den Sieg geben wird, denn unsere Sache ist gut und gerecht. Wenn die Jingos vom Siegesrausch erfasst sind, weil es ihnen so leicht gelang, das spanische Heer zu werfen, so können wir auf denselben Ruhmestitel uns bewerben und brauchen uns nicht vor dem Aufsteigen der Schamröthe in unseren Wangen zu fürchten, denn wir haben als Mütter keinen erbärmlichen Verrath an unseren Bundesgenossen begangen, wir haben keinen Vertrag, kein gegebenes Wort schändlich gebrochen und nicht ist unser die Schuld, wenn die Geschichte des freien Amerika für immer mit einem häßlich besteckten Blatte verunziert bleibt.

Die Amerikaner wollen uns, wie man sagt, wieder mit einer neuen Proklamation beglücken, der vierten seit

sie hier sind. Diese Proklamation soll diesmal von keinem General verfaßt sein, der ruhmvolle Meritt, der nur eine Woche hier weilte, und der große Otis, der seine Siegeslorbeeren sich nicht hier, sondern in Amerika im Kampfe mit Rothhäuten erwarb, lassen ihre Federn ruhen, denn der Erfolgreiche ist Doktor Shermann, der Präsident der sogenannten philippinischen Kommission, welche der Imperator Mac Kinley I. aus seinen Parteifreunden zusammengestellt hat. Was davon verlautet, klingt viel verheißend: man will uns Religionsfreiheit geben; was sonst für Freiheiten uns noch in Aussicht gestellt werden, weiß ich nicht, aber Phrasen bekommen wir in Hülle und Fülle, von denen die eine, offenbar weil der Verfasser sich davon eine große Wirkung verspricht, in die Oeffentlichkeit schon gedrungen ist: „dies alles geben wir den Philippinern, wenn die Philippinos die Souveränität Amerikas im ganzen Archipel anerkennen.“ Ah, mein guter Onkel Sam, das ist ein wenig zu viel für das Uebermaß der Freiheit, mit der Sie uns beschenken wollen! Aber Wahrscheinlichkeit nach wird in der Proklamation auch die herkömmliche Phrase von dem Schutze des Eigenthums sich vorfinden, womit angedeutet wird, daß die riesigen Latifundien der Wüthsborden diesen wieder zurückerstattet werden sollen, jene Latifundien, die auf eine anrüchliche Weise von ihnen erworben worden sind und deren frühere Besitzer jenen abscheulichen Mißbrauch ihrer Gewalt und ihres Einflusses ausübten, der von allen Yankee-Schriftstellern so oft an den Pranger gestellt wurde und der das erste und wichtigste Motiv für unsere bewaffnete Erhebung gegen Spanien bildete! Es spielt da offenbar der Humor der Weltgeschichte mit, wenn die Amerikaner nun das verteidigen, was sie den Spaniern so sehr verübelt und so herbe vorgeworfen haben. Die Wüthsborden, die in unserem Lande die bösen Dämonen vertreten, sind eben in Unterhandlungen mit amerikanischen Syndikaten getreten, um diese Latifundien, die ihnen, weil konfiszirt, nicht mehr gehören, an selbe zu verkaufen. In ähnlicher Weise und mit demselben Resultate verlaufen die spanischen Friedenskommissäre für 20 Mill. Dollars die Souveränität über unsere Inseln, die sich schon längst von dieser Souveränität befreit hatten.

Wir Philippiner alle sind davon fest überzeugt, daß die amerikanischen Jingos die Erbschaft der Spanier mit deren Rechtsitteln: Herrenmoral und Gewaltthätigkeit anzutreten wünschen, wir aber haben drei Jahrhunderte hindurch in Sklavenketten geschmachtet, und nachdem wir sie siegreich zerbrochen, ist es ganz unmöglich, daß wir so dumm und naiv wären, die Souveränität dieses Staates anzuerkennen, der zuerst als unser Bundesgenosse austrat, um schließlich, die heuchlerische Larve abwerfend, uns als der „neue Herr“ die Fesseln anzulegen.

Wenn die Regierung des Herrn Mac Kinley nichts anderes zu bieten vermag, als was der Herr Dr. Shermann zu „proklamiren“ gedenkt, dann wird auch nicht ein einziger Philippiner ihm in die Falle gehen. Ueberdies, wir haben ja schon genug Worte, leere Worte von Admiralen und Generalen zu hören bekommen, welche dann von den leitenden Imperialisten desavouirt wurden, und so werden wir niemals mehr Vertrauen in die Worte ihrer Kapazitäten setzen, mögen diese Dewey, Meritt, Otis, Shermann oder sonstwie heißen. Aber dieser Doktor verdient doch mehr Beachtung, denn er gehört unstrittig zu den höheren Staatspflanzern der Yankees: Die Regenzeit naht nämlich heran, wo das amerikanische Heer unfähig sein wird, zu operiren. Wenn schon in der guten Jahreszeit nach einem Feldzuge von nur einigen Wochen das Yankeeheer dezimirt wurde, wie wird es erst in der Regenzeit aussehnen? Da wird es dem General Otis schwer fallen, sein großes Volk durch tägliche Siegesbegehrten in seinem Imperialismus zu bestärken. Die Dinge werden da ganz anders sich gestalten; unsere Guerillas werden die Offensive ergreifen gegen den Feind in einer Jahreszeit, wo unsere braven und verlässlichen, allzeit getreuen Verbündeten, das Fieber, die Dysenterie, der Starrkrampf und die anderen Tropenkrankheiten, die besten Dienste leisten. Wir hoffen durch diese unsere keines Treubruches fähigen Mütter allein das Heer unserer „Befreier“ um 40 pCt. seines Bestandes in sehr kurzer Zeit herunterzubringen. Dies ist keine Gascognade: das haben wir schon im Katipunan-Aufstande erlebt, damals als General Polavieja trotz seiner Siege demissionirte, weil man ihm nicht 25 000 Mann auf ein

Mal nachschicken konnte, damals als Polaviejas Nachfolger, Marshall Primo de Rivera, sich gezwungen sah, den Frieden zu Bial-na-bato abzuschließen. Und all dies, als nur einige tagalische Provinzen sich empörten und wir nur 1000 Gewehre besaßen! Heute aber steht ein Volk von 10 Millionen einmüthig gegen den Feind; wir besitzen auf Luzon allein ein uniformirtes, wohlbewaffnetes Heer von 82 000 Soldaten, die bessere Disziplin besitzen, als die schlodderigen, streiklustigen Krieger Onkel Sams. Da wäre es natürlich recht nett, wenn Dr. Shermanns Proklamation es erzielen könnte, daß während der Regenzeit ein Waffenstillstand eintrete, „um zu unterhandeln“, d. h. um die im Archipel vorhandenen amerikanischen Streitkräfte in dieser Fieberzeit zu schonen und neue Verstärkungen heranzuziehen. Ist die Regenzeit vorüber, dann kann der Tanz wieder beginnen. Sehr schlau, Dr. Shermann!

Aber daraus wird nichts! Mögen die Herren Jingos sich überzeugen, daß sie mit 40 000 Mann nie die Herren der Philippinen werden können.

Um dreißig Kilometer vorwärts zu kommen, und zwar längs der einzigen Eisenbahn, die es im Archipel giebt, brauchten die Amerikaner einen vollen Monat und verloren an Todten, Verwundeten, Kranken und Gefangenen 3000 Mann, und auch so sind sie nur Herren des Bodens geworden, auf dem gerade ihr Fuß steht. Die Amerikaner herrschen nur auf $\frac{1}{1000}$ des philippinischen Landareals! $\frac{999}{1000}$ müssen sie sich erst erobern!

Möge das amerikanische Volk es erfahren, daß wir nie und nimmer seine Souveränität anerkennen werden, und daß es, wenn es unser Land, das wir mit unserem Blute uns von den Spaniern zurückerobert haben, annektiren will, ein jedes Dorf mit Militär besetzen muß, wozu 400 000 Mann nöthig sind, abgesehen von der Flottenmannschaft. Da werden viele, viele Millionen Dollars bereit gehalten werden müssen, viele Jahre werden so in blutigem Ringen zugebracht werden und nur ein Bruchtheil der amerikanischen Soldaten wird die Heimath wiedersehen! Möge das amerikanische Volk dies Alles erwägen und dann sich fragen, wem alle diese schweren Opfer an Blut und Geld gebracht werden sollen: der „Humanität“, den Interessen einiger Syndikate oder der Wiederwahl Mac Kinleys“

Politische Rundschau. Deutschland.

Patriotisches. Aus Ostpreußen wird dem „Vorwärts“ geschrieben: Die Freizügigkeit besteht zum großen Leidwesen der Agrarier noch. Da ihnen die Landarbeiter noch nicht an die Kette gelegt sind, suchen sie wenigstens denselben so weit wie möglich andere Arbeitsfächer in der Provinz zu verschließen. Bei einer ganzen Reihe von Chaussees- und Eisenbahnbauten werden heimische Arbeiter nicht mehr beschäftigt. Das genügt den Landwirthen aber nicht. Weber auf einem Kasernenbau noch bei anderen staatlichen oder öffentlichen Arbeiten soll auch nur ein einziger ostpreussischer Arbeiter Beschäftigung finden, trotzdem doch auch die Landarbeiter die Steuergroschen mitaufbringen müssen, welche für öffentliche Bauten Verwendung finden. Der Vorstand der Ostpreussischen Landwirtschaftskammer hat kürzlich über ein Schreiben, das ihm vom Landwirtschaftlichen Verein in Serdauen, dem Wohnsitz des Eblen Rindowström, zugeht, verhandelt. Danach soll die kgl. Eisenbahndirektion in Königsberg dafür sorgen: 1) daß zu den Arbeiten des Bahnbaues in hiesiger Gegend nur russisch-polnische Arbeiter verwendet werden; 2) die Bauunternehmer sollen verpflichtet werden, ihre Arbeiter aus dem Auslande zu beziehen; 3) soll die kgl. Eisenbahndirektion in Erwägung ziehen, ob es nicht durchführbar ist, daß die späterhin bei den Betrieben der kgl. Eisenbahn beschäftigten und angestellten Arbeiter und Hilfsarbeiter und auch kleinen Beamten, wie Weichensteller, Nachwärter, Dreher usw. mehr aus den westlichen, nach den östlichen Provinzen gezogen werden; 4) sollen Unternehmer und Eisenbahnbehörden den Prüfungen der Legitimationen der Arbeiter mehr Aufmerksamkeit schenken, damit der Kontraktbruch der Arbeiter möglichst verhindert wird. Natürlich hatte der „patriotische“ Vorstand der Landwirtschaftskammer gegen die Wünsche der „national“ gesinnten Serdauener Agrarier nichts einzuwenden, nur fand er, daß der dritte Antrag

*) Die Momentaufnahmen dieser Fällirungen, welche der „New-York Herald“ veröffentlicht, beweisen, daß diese Fällirungen nur an Civilisten vorgenommen werden, denn die philippinischen Soldaten sind alle uniformirt. (A. d. Ueberf.)

**) Manila zerfällt in die Festung Manila und die unbefestigten Vorstädte Binondo, Londo, Sampalot, San Miguel etc.

nicht recht durchführbar sei. Vielleicht können die ostpreussischen Agrarier es noch mit ihren „nationalen“ Ansichten und Gefühlen vereinbaren, wenn in Ostpreußen auch die Stellen der Unterbeamten mit Russen besetzt werden.

Vom deutsch-polnischen Verhältniss-Kriegsschauplatz wird der „Volksztg.“ folgende Neuigkeit mitgetheilt: Der polnische Verein „Jednota“ in Danzig ist im Besitz einer Kiste der „Gesellschaft der schönen Künste“ in Krakau. Da der Verein aber die Kiste nicht auf seine Kasse fallende Prämie (ein Gemälde) in seinem Vereinslokale nicht aufhängen kann, so veranstaltete er unter seinen Mitgliedern eine Versteigerung dieser Prämie. Darin erblickte der überwachende Polizeikommissar Herr Raporta (sozialistengesetzlichen Angebens!) eine Lotterie, wozu die Einholung der Erlaubniß beim Oberpräsidenten notwendig gewesen wäre. Jetzt ist behördlicherseits gegen sämtliche Vorstandsmitglieder der „Gesellschaft“ das Verfahren wegen Veranlassung einer verbotenen Lotterie eingeleitet worden. — Wir fürchten, daß auch dieser neue Weg, die Polen zu deutschen Patrioten zu erziehen, sein Ziel verfehlen wird.

Sechste Richter. Wegen Verleumdung des Richterkollegiums der 2. Strafkammer des Landgerichts II hatte sich Dienstag der Redakteur des „Vorwärts“, Herr August Jacoby, vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I in Berlin zu verantworten. Der Anklage lag eine Kritik zu Grunde, welche am 2. September v. J. im „Vorwärts“ über eine Verhandlung veröffentlicht worden war, bei der das vorgenannte Richterkollegium unter dem Vorsitz des Landgerichtsraths Herzog betheiligt war. Die dritte Strafkammer des Landgerichts I hatte es ursprünglich abgelehnt, das Verfahren gegen Jacoby zu eröffnen, auf die vom Staatsanwalt eingeleitete Beschwerde wurde indessen vom Kammergericht im entgegengegesetzten Sinne entschieden. Der beanstandete Artikel trug die Ueberschrift: „Zur Naturgeschichte der bürgerlichen Justiz.“ Es wurde darin folgende Stelle mitgetheilt: „Der Maurer Hahn war der Verleumdung und der versuchten Nötigung beschuldigt. Der Belastungszeuge, Maurer Schulz, welcher sofort verurteilt wurde, bezeugte, daß er nach Beginn einer Arbeit von dem Angeklagten gedrängt worden sei, dem Zentralverein beizutreten und als er sich ablehnend verhielt, habe Hahn gesagt: „Wenn Du nicht beitriffst, gibt es was heraus!“ Der Vorsitzende habe gefragt: „Welchen Zweck hat der Verein?“ worauf der Zeuge entgegnet habe: „Gar keinen, als den Leuten das Geld aus der Tasche zu ziehen.“ Diese Bemerkung habe bei dem größten Theil des Richterkollegiums lautes Lachen hervorgerufen. Man drückte dem Zeugen auch seine Zustimmung durch entsprechende Geberden aus. Ein Beifitzer, Landgerichtsrath Neumann, habe den Zeugen dann zu weiteren Bekundungen ermahnt mit den Worten: „Sie fürchten sich wohl? Wir werden Sie schon zwingen.“ Der Zeuge Schulz habe dann noch eine beleidigende Aeußerung wiedergegeben, welche der Angeklagte ausgesprochen habe. Es seien dann noch drei Entlastungszeugen vernommen worden, die trotz des Antrages des Verteidigers, Rechtsanwalt Herzfeld, unversichert blieben. Diese bezeugten, daß sie unmittelbar neben Hahn und Schulz gestanden hätten, als das Gespräch zwischen ihnen stattfand. Sie hätten von den beanstandeten Aeußerungen nichts gehört. Der Staatsanwalt habe den Angeklagten für überführt erachtet und gegen ihn 1 Monat Gefängniß beantragt. Man habe der Verteidiger die Vertheidigung niedergelegt und den Saal verlassen. Der Gerichtshof habe nach dem Antrage des Staatsanwalts erkannt. Der Bericht schloß mit folgender Bemerkung: Der Vorfall ist nicht abzuweisen, weshalb solche Sachen vor den Richter kommen, die Volksehrwürde würde es vielleicht mit einem Strafmandat in Höhe von 20 Mark geahndet haben, wenn ein Maurer zu dem anderen sage, „mit Nachwächtern arbeiten wir nicht“ und „Wenn Du nicht beitriffst, gibt es was heraus!“

In diesem Bericht fand die Anklagebehörde den Vorwurf der Parteilichkeit gegen das betreffende Richterkollegium. Der Landgerichtsrath Neumann hatte Strafmandat beantragt. Der Angeklagte bestritt, daß in dem Artikel etwas Beleidigendes enthalten sei. Er weigerte sich, den Verfasser zu nennen und verweigerte ebenfalls die vom Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Denis, an ihn gerichtete Frage zu beantworten, ob Rechtsanwalt Herzfeld der Verfasser sei. Es wurden sämtliche Richter vernommen, welche an der Verhandlung Theil genommen hatten. Die Zeugen gaben an, daß möglichsterweise die erwähnte Antwort des Zeugen Schulz weitergeführt bei ihnen hervorgerufen habe, aber mit Entschiedenheit müßten sie sich gegen den Vorwurf verwahren, daß sie nicht vorurtheilhaft ihres Amtes gewaltet hätten. Der Zeuge Landgerichtsrath Neumann gab zu, daß er damals infolge eines kaum überhanden kommenden Leidens sein Wienenspiel nicht in voller Gewalt gehabt habe. Zeuge Rechtsanwalt Herzfeld bezeugte, daß der Inhalt des Artikels auf keine Angaben beruhe und daß er die darin mitgetheilten Thatsachen im vollen Umfange aufrecht halte. Der Zeuge Herzfeld wurde nicht verurteilt. Der letzte Zeuge, Rechtsanwalt Heine, bezeugte, daß er nur über den Landgerichtsrath Neumann zu urtheilen vermöge. Dieser habe die Geflogenheit, bei der Vernehmung von Zeugen in eigentümlicher Weise zu lächeln und wenn er (Heine) auch nicht den geringsten Grund zu der Annahme habe, daß die Unparteilichkeit des Landgerichtsraths Neumann anganzweifelhaft sei, so könne es doch sein, daß Leute, die den Herrn nicht kennen, auf andere Gedanken kämen. Staatsanwalt Plaßke führte aus, daß der ganze Artikel und insbesondere die Ueberschrift und der Schluß beleidigender Natur seien. Als einziger Milderungsgrund reihe dem Angeklagten der Umstand zur Seite, daß der R. A. Herzfeld der gefällige Urheber des Artikels sei. Er beantrage gegen den Angeklagten eine Gefängnißstrafe von vier Monaten. (1) Der Verteidiger, R. A. Heine, erbot gegen die Zulässigkeit des Verfahrens Bedenken formaler und juristischer Natur. Im Uebrigen hielt der Verteidiger den Wahrheitsbeweis für erbracht und begründete hierauf seinen Antrag auf Freisprechung. Der Gerichtshof kam zu einem freisprechenden Erkenntniß und zwar aus thatsächlichen Gründen. Es sei erwiesen, daß in dem Richterkollegium bei der Antwort des Zeugen gelacht worden sei und wenn auch angenommen werden könne, daß dies unwillkürlich und keineswegs in der Absicht geschehen sei, die Partei, der der Angeklagte angehörte, herabzusetzen, so könne doch nicht verhehelt werden, daß dieser Eindruck hervorgerufen werden konnte. Eine Verleumdung sei deshalb in dem beanstandeten Artikel nicht zu erblicken!

Die deutsche Strafexpedition in Südsibirien ist beendet. Der „Nordd. Allg. Ztg.“ zufolge ist das in Sichaow verbliebene deutsche Detachement von dort am 26. v. M. abgezogen und ohne jeden Zwischenfall nach Tjinto zurückgekehrt. Fünf Literaten sind von demselben als Würger mitgenommen worden, bis die eingeleitete Verurteilung der dem Magistrat von Sichaow namhaft gemachten Räubersführer bei der Miß-

handlung des Missionärs Stenz durchgeführt sein wird. Die Rückkehr der Expedition hat angeordnet werden können, nachdem festgestellt wurde, daß dieselbe eine gute Wirkung auf die Bevölkerung gehabt hat. In der Umgebung von Sichaow und Tschoufu ist jetzt alles friedlich. Auf Verlangen der deutschen Regierung hat überdies die chinesische Regierung an sämtliche in Betracht kommenden Lokalbehörden von neuem strenge Befehle ertheilt, sich den Schutz der deutschen Reichsangehörigen mit alldem Eifer anzuwenden zu lassen.

Neue politische Nachrichten. Die Freisinnigen haben beschlossen, die Nationalliberalen in dem bevorstehenden Wahlkampfe im Wahlkreis Emden-Norden gegen den Kandidaten der vereinigten Konfessionen und Agrarier, den Grafen Kniphausen, zu unterstützen. — Die wegen Verurteilung gewisser die Jagdbühnigkeit des Kaisers betreffender Zeitungsartikel erfolgte Konfiskation der „Mugoburger Stadtzeitung“ ist vom Landgericht Augsburg aufgehoben worden. In der Begründung heißt es, daß in dem Artikel wohl hart ausgedrückt, aber eine Verleumdung des Kaisers nicht enthalten sei. — Das Ermittlungsverfahren wegen Verleumdung des kriegsgerichtlichen Urtheils in der Dueschache des Leutnants Brügg in Koblenz ist auch auf mehrere Berliner Blätter ausgedehnt worden. — Wegen den Landgerichtsdirektor Kähler in Darmstadt ist ein erneutes Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Kähler soll sich bekanntlich in bedenkliche Geschäftsverbindungen mit einem Fabrikanten eingelassen und seinen amtlichen Einfluß zur Unterstützung dieser Geschäftsmanipulationen benutzt haben. In der vielbesprochenen Spielersacke in Berlin ist nunmehr die Anklage fertiggestellt und dieselbe den Vertheidigern in den nächsten Tagen zugehen. Das Aktenstück dieser Strafsache ist übrigens nicht geändert worden, sie ist jetzt nicht mehr Wolff und Genossen, sondern v. Kähler und Genossen beschriftet, und eine Folge dieser Aenderung ist, daß die Hauptverhandlung nicht vor der achten Strafkammer, sondern vor der vierten Strafkammer stattfinden wird. Der Hauptverhandlungstermin ist Ende Juni zu erwarten. Für die Erledigung des Prozesses sind sechs Tage in Aussicht genommen, da von der Staatsanwaltschaft allein gegen 70 Zeugen vorgeladen werden. — Der ungelöste nationale Elend-Landsturm. Ein Verein der nationalliberalen Jugend ist in Elberfeld gegründet worden. Dasselbe schirmen die Nationalliberalen für den Ausschluß der Minderjährigen von politischen Vereinen. — Den Meistbegünstigungsvertrag mit der Schweiz hat die Regierung der Vereinigten Staaten gekündigt. — Die außerordentliche Session des sibirischen Landtages ist am Dienstag durch den Generalgouverneur, der die betr. kaiserl. Verfügung verlas, geschlossen. — Sämtliche in Wehrpflicht stehenden Jährlinge beschloßen, falls die russische Militärverfassung von der Regierung aufgekündigt werden sollte, nach Schweden auszuwandern. Mehrere Hundert junge Leute sind bereits abgereist. — Aus Jassy, 29. Mai, wird berichtet: Nach einer von antisemitischen Studenten veranstalteten Versammlung kam es auf den Straßen zu Unruhen, an denen auch antisemitische Studenten und andere Personen theilnahmen. Die Fenster und Thüren einiger Läden wurden zertrümmert. Polizei und Militär stellten die Ordnung wieder her. Einige Polizisten und mehrere Demonstranten erlitten Verletzungen, jedoch keine schweren. Viele Personen wurden verhaftet; eine Untersuchung ist eingeleitet worden. — Der Führer der chinesischen Reformpartei, Kang-Hu-Wei hat sich von Japan nach Amerika eingeschifft. Er beabsichtigt, sich von da nach England zu begeben. In Amerika dürfte ihm wohl der Boden zu heiß sein, weil bei der großen Anzahl von Chinesen ein längerer Aufenthalt daselbst große Gefahren für seine persönliche Sicherheit bietet. Als er noch in Japan war, hatte die lebenswichtige Kaiserin Mutter für seine heimliche Ermordung eine hohe Belohnung ausgesetzt und in Amerika ist er durchaus nicht vor seiner Ergreifung durch fremdliche Landstente gesichert.

Frankreich.

Die Revision des Dreyfus-Prozesses vor dem Kassationshof. Mittwoch Mittag um 12 Uhr wurde die Sitzung wieder eröffnet, der Andrang ist weniger groß, als an den vorhergehenden Tagen. Generalstaatsanwalt Manau fährt in seinen Ausführungen fort und verbreitet sich eingehend über die Beschaffenheit des Papiers, welches zur Herstellung des Vorderaus verwendet wurde. Manau erklärte weiter, die Ähnlichkeit des Papiers, auf welchem das Vorderaus geschrieben wurde, mit dem Briefpapier Esterhazys spreche für die Unschuld Dreyfus'. Sache des neuen Kriegsgerichts werde es sein, diese Unschuld öffentlich zu verkünden; für den Kassationshof genüge es, festzustellen, daß das Urtheil von 1894 verdächtig und anfechtbar erscheine. Manau führte weiter aus, daß Dreyfus mit dem Vorderaus nichts zu thun habe, und wirft die Frage auf, ob thatsächlich ein Ver Rath begangen worden sei, oder ob es sich einfach um eine Mißthätigung und einen Gaunerstreich handele. Weiter stellt der Generalstaatsanwalt fest, daß im Privatleben des Dreyfus nichts zu finden sei, was ihn belaste, daß dagegen das Privatleben Esterhazys viel Belastendes aufweise. Hierauf wurde die Sitzung unterbrochen. — Nach Wiederaufnahme der Sitzung bespricht Manau eingehend die Schriftstücke des geheimen Dossiers und erklärte, dieselben enthielten nichts, was gegen Dreyfus spreche. Von den drei Schriftstücken, wovon Cavaignac gesprochen, um die Verurteilung Dreyfus' zu rechtfertigen, seien zwei gefälscht, das dritte beziehe sich nicht auf Dreyfus. Manau verurtheilte auf's Schärfste das Benehmen du Paty de Clams, den er einen abgefeimten Heuchler nennt, erklärte, daß er die von Guignet gegen du Paty de Clam erhobenen Anschuldigungen für unbegründet halte, brandmarkte das von Henry und du Paty de Clam bezüglich der diplomatischen Aktenstücke erfundene Bürgengewebe und stellte fest, daß die Vorenthaltung der diplomatischen Aktenstücke unberechtigt gewesen sei, da keines derselben irgend welche Verwickelungen hätte herbeiführen können. Hierauf wurde die Sitzung abermals unterbrochen. Nach der Wiederaufnahme derselben erklärte Manau, er halte die Wahrheit der Aussagen des Untersuchungsrichters Vertulus hinsichtlich der Zusammenkunft mit Henry für unbestreitbar. Im Laufe seines Plaidoyers gab Manau noch der Ueberzeugung Ausdruck, daß Dreyfus niemals Geständnisse abgelegt habe, und erklärte weiter, die Expertise Bertillons sei unverständlich; er betonte, Dreyfus habe zu wiederholten Malen seine Unschuld verkündet, und gab dem Wunsch Ausdruck, daß die schreckliche Marter bald ein Ende nehmen möchte.

Manau schloß mit der Versicherung, daß mehrere neue Thatsachen vorliegen, welche die Unschuld Dreyfus' beweisen. Er verlangte deshalb Kassation des Urtheils von 1894 und Verweisung Dreyfus' vor ein anderes Kriegsgericht. „Der Augenblick“, so sagte Manau am Ende seines Plaidoyers wörtlich, „ist feierlich. Das Land wird den Urtheilspruch vernehmen, die ganze Welt wird ihn sich zu eigen machen, die Geschichte wird ihn ihren Blättern einverleiben. Die Richter, denen wir alle unterworfen, werden dann das Urtheil fällen, wozu gegen es keine Berufung gibt.“ Die Sitzung wurde sodann aufgehoben.

Der Ministerrath unter dem Vorsitz des Präsidenten Loubet beschäftigte sich Dienstag Abend ebenfalls mit der „Affaire“. Der Kriegs- und der Marineminister glaubten das Urtheil abwarten zu müssen, ehe sie Befehle an den Gouverneur von Guyana betreffend die Heimkehr des Kapitans Dreyfus erließen. Auf das persönliche Eingreifen des Präsidenten Loubet aber wurde beschlossen, bereits sofort telegraphische Weisungen an den Gouverneur zu senden, damit für Sonnabend alles bereit gehalten werde für die Einschiffung des Gefangenen auf der Teufelsinsel. Der Urtheilspruch ist ja auch nicht im geringsten mehr zweifelhaft. Nach dem „Voltaire“ wird der Kassationshof mit über 35 Stimmen die Revision beschließen; außerdem werde eine Anzahl Stimmhaltungen erwartet; gegen die Schlussfolgerungen Ballot-Beaupre's dürften sich etwa sechs Räte aussprechen. Wie „Siecle“ meldet, hat sich der Ministerrath auch mit der Bestrafung der in der Dreyfus-Affaire kompromittirten Offiziere beschäftigt; der Kriegsminister werde nicht einmal die bevorstehenden Interpellationen in der Kammer abwarten, um die Bestrafung zu vollziehen. — Hochesort ist völlig übergeschnuppt vor Wuth und tobt bereits im „Intransigent“ nach reaktionärem Rezept. In einem Leitartikel „Der Insurgent Ballot-Beaupre“ stellt er den Berichterstatter des Kassationshofes auf eine Stufe mit Caserio, Ravachol und anderen Vertretern der Wod-anarchismus.

Der Prozeß Deroulede-Habert vor dem Schwurgericht. Deroulede wurde bei seinem Erscheinen mit Zurufen begrüßt. Der Generaladvokat Lombard begann sein Plaidoyer und besprach in ausführlicher Weise die Ereignisse des 23. Februar. Lombard trat sodann für die Disziplin in der Armee und die Freiheit der gegenwärtigen Ordnung der Dinge ein, wandte sich tadelnd gegen die Zeugenaussagen Herve und Beaurepaire's und beendete sein Plaidoyer, ohne einen bestimmten Strafantrag gegen Deroulede und Habert zu stellen. Der Advokat Falateuf begann darauf seine Vertheidigungsrede für Deroulede. Als Falateuf im Verlauf derselben auf die etwaige disziplinarische Bestrafung des Generals Herve anspielte, geräth Deroulede in Entrüstung, steht auf und ruft: „Das ist Verrath! Als Herve seine Zeugenaussage machte, erfüllte er damit eine muthvolle, rechtchaffene und loyale That. Ich habe es von mir gewiesen, mich an Herve zu wenden. Als ich den Parlamentarismus stützen wollte, da wußte ich, er würde mir nicht folgen. Herve hat sich niemals mit Politik beschäftigt. Ich werde nicht dulden, daß man ihm die Epaulette heranterreißt. Behaltet mich im Gefängniß, oder ich werde von Neuem beginnen!“ Auf diese Worte Deroulede's folgte ein furchtbarer Lärm und die Rufe: „Es lebe Deroulede!“ Die Zuhörer schwenkten Stäbe und Hüte. Auf Befehl des Präsidenten wurde der Saal geräumt und Deroulede aufgefördert, den Saal zu verlassen. Hierauf rief Deroulede: „Es lebe Frankreich, nieder mit den Verräthern!“ Das Publikum stimmte in den Ruf ein. Die Sitzung wurde auf 1/4 Stunde unterbrochen. Deroulede und Habert wurden alsdann vom Schwurgerichtshofe freigesprochen. Der Präsident des Schwurgerichts ordnete an, daß Deroulede und Habert sofort freigelassen werden. Das Publikum stürzte hierauf nach der Anklagebank unter den Rufen: „Es lebe Deroulede! es lebe Habert! es lebe die Jury!“ und sang die Marseillaise. Deroulede stieg auf die Bank und rief: „Es lebe die Jury!“

Dupuy hatte Mittwoch Vormittag eine Besprechung mit den Ministern des Krieges und der Justiz. Nach Beendigung der Konferenz begaben sich Dupuy, Krantz und Lebret ins Elysee, wo sie Loubet empfing. Dem Vernehmen nach leitet der Kriegsminister eine Untersuchung über das Verhalten des Generals Herve vor dem Schwurgericht. Herve äußerte nämlich bei Abgabe seiner Aussage zu Gunsten Deroulede's, dieser habe das Vertrauen zur Armee, das durch die gegen dieselbe gerichtete Campagne erschüttert werde, wiederherstellen wollen. Der Zwischenfall dürfte übrigens erledigt sein, nachdem Herve in einem Brief an den Kriegsminister seine Aussagen dahin richtig gestellt hat, daß er keineswegs die Absicht gehabt habe, eine politische Anspielung zu machen; er habe von Deroulede nur als Soldatendichter ohne irgend welche politische Sintergebanten sprechen wollen.

Infolge der aufreizenden Artikel der antisemitischen Presse, die die Vertheidiger der Revision als Vaterlandslos und die Richter des Kassationshofes als Anarchisten behandelt, haben Dienstag Clemenceau, Jaures, Pressensac, Sabori sowie mehrere revisionsfreundliche Journalisten beschlossen, sich während dieser Verhandlungswoche nicht in öffentlichen Lokalen zu zeigen, sondern sich in einem Privatlokal zur Besprechung der Tagesfragen zu versammeln. Sie haben gleichzeitig an den Minister des Innern und der Justiz ein Schreiben gerichtet, worin sie die Artikel, die Aufreizung zum Morde enthalten, zur Kenntniß bringen. Es dürfte nicht ausgeschlossen sein, daß, obgleich für Sonnabend bekanntlich strengste polizeiliche Maßregeln

angeordnet, doch noch besonders gegen die Preßfreiheit vorgegangen wird.

Picquart. Die Anklagelammer hat bereits Dienstag nach 40 Minuten langer Beratung beschlossen, das Urtheil über den Antrag, betreffend die Freilassung Picquarts, zu verlagern.

Die Beratung des Budgets wurde Mittwoch endlich zu Ende geführt. Die Kammer gab in mehreren Punkten den Beschlüssen des Senats nach, beschloß jedoch mit 90 Stimmen Mehrheit, an der Erhöhung des Briefträgergehalts festzuhalten. Die Sitzung wurde suspendiert. Das Budget ging zum dritten Mal an den Senat zurück, der noch verlammt war. Der Senat nahm alsdann das Budget entsprechend den letzten Beschlüssen der Kammer an.

Der Streik in Kreuzot meldet die „Frl. Hg.“: Der im Eisenwerk Schneider in Le Kreuzot bei Lyon, das 15 000 Arbeiter beschäftigt, ausgebrochene Streik scheint große Dimensionen anzunehmen. Mittwoch demonstrieren die Streikenden vor der Wohnung Schneiders, der Deputirter ist, und warfen die Fenster ein. Es kam zu Zusammenstößen mit der Gendarmarie. Ein Gendarm wurde verwundet. Das Eisenwerk liefert hauptsächlich für die Marine.

Der Direktor der Weltausstellungsarbeiten, Navard, erklärte, wie die Blätter melden, daß der Ausstand in den Werken von Le Creuzot die Fertigstellung der Weltausstellungsarbeiten verzögern werde, da in den Werken große Vorkosten gemacht worden seien.

Rußland.

Die großen Arbeiteransände in den russischen Ostseeprovinzen. Das Züricher „Volkrecht“ erhält aus Libau in Rußland unterm 18. Mai einen Originalbericht, dem wir nachstehend entnehmen:

Am 18. Mai brach in den meisten größeren Fabriken Libaus ein allgemeiner Streik mit der Forderung: Achtstundentageszeit und Lohnerhöhung (Forderungen, die in der Meiproklamation besonders betont waren) aus. In den folgenden Tagen griffen sich zu den Streikenden noch fast alle übrigen Fabriken hinzu, so daß schon seit gestern in Libau ein Generalstreik herrscht. Gestreikt wird jetzt auf folgenden Fabriken: auf der Hölzerei, Kapsel-, Blech-, Anilinfabrik, Farben-, Draht-, Oelfabrik, der Maschinenfabrik von Strupp, der Kell- und Zementfabrik von Kiefel und in der Dampfmaschinenfabrik von Tschelny; außerdem streikt noch ein Theil der Hafenarbeiter (ihre Anzahl beläuft sich im ganzen auf 10 000), Zimmerleute und Maurer. Um zu zeigen, wie stark und allgemein die Streikbewegung ist, sei nur angeführt, daß auf der Drahtfabrik von den dort beschäftigten 1850 Arbeitern bloß 6 Streikbrecher sich zur Arbeit einschrieben hatten, die aber, als sie merkten, daß ihre anständigen Arbeitsgenossen ihnen für solche eine Arbeitswilligkeit eine entsprechende „Quation“ vorbereiten, ganz bald aus der Fabrik verdrängten. Die meisten Streikenden haben ihre Sonntagskleider angelegt und gehen ganz ruhig durch die Straßen, wo gewissermaßen eine Feiertagsstimmung herrscht. Die die Straßen massenhaft durchziehenden Militärpatrouillen, Gendarmen und andere „Kriegsdienstler“ haben „leider“ gar keinen Anlaß und Gelegenheit, ihre „Meinlichkeits- und Verachtungsinstrumente“ irgendwie anzuwenden, da ja selbst die hochwohlwollende Obrigkeit zugeben muß, daß die Streikenden sich musterhaft führen — zum großen Leidwesen der Obrigkeit.)

Nur in Neu-Libau ist gestern von der dortigen Blechfabrik ein Trupp Arbeiter mit fünf roten Fahnen unter Hochrufen auf den Achtstundentageszeit, die Konstitution, Koalitionen und Preßfreiheit durch die Straßen gezogen; die fünf Fahnenträger sind verhaftet worden. Arrestirt sind bis heute 28 Arbeiter und 3 Arbeiterinnen.

Westen war der kurländische Gouverneur hier und unter seinem Vorherrschaft wurde eine Sitzung abgehalten. Die Arbeiter einer jeden Fabrik hatten je einen Delegirten gesandt, die ihm ihre Forderungen unterbreiteten, wobei sie besonders auf die lange Arbeitszeit (der gesetzlich festgesetzte 11 1/2 Stundenarbeitstag besteht bloß auf dem Papiere) und die ganz unerhöht niedrige Bezahlung in einigen Fabriken (in der Kapsel- und Hölzerei, der Fabrik von Buchet, wo hauptsächlich ganz junge Mädchen arbeiten, können manche bloß 25, ja oftmals nur 13 Kopfen täglich verdienen) hinwiesen. Der Gouverneur versprach, darüber den betreffenden Minister sogleich zu benachrichtigen. Auf seine Anordnung müssen während des Ausstandes alle Schänken geschlossen bleiben.

Zu Unbetracht dessen, daß auf einigen Fabriken die Arbeiter schon seit mehreren Jahren gut organisiert sind und daß auch das Bildungsniveau der lettischen Arbeiter ein dem deutschen gleichkommendes ist (bei uns ist der dreijährige Schulbesuch obligatorisch) und nicht zum mindesten auch deswegen, daß diesmal erfreulicherweise auch die litauischen und polnischen Arbeiter, deren es in Libau eine beträchtliche Anzahl gibt und die bei früheren Ausständen dank ihrer Minderzahl und weil fast gar nicht organisiert, meist als Streikbrecher auftraten, diesmal zum Theil auch mitwirkten, ist wohl anzunehmen, daß die Ausständigen wenigstens theilweise ihre nur zu gerechten Forderungen erzwingen werden.

Zwei Fabriken (Tschelny und Kiefel) haben die geforderte Lohnerhöhung schon bewilligt, doch die Arbeiter beschloßen einstimmig, nur dann die Arbeit anzunehmen, wenn auch die anderen Fabriken sich dazu bequemt haben werden.

Ueber die Zustände während des Streiks in Riga schreibt der „Leipz. Volksztg.“ ein Arbeiter unterm 22. Mai folgendes Stimmungsbild:

Russischer Hölzler: Hier und da lohnen Feuerbrände auf; Kapseln schießen und schlagen mit ihren Keilspitzen. Unsere alte liebe Riga wie ein grauig erschüttertes Meer. . . Es streifen Tausende von Arbeitern. . . Der Streik begann am 5. Mai. Ein Intefabrikant hatte den Arbeiterinnen höheren Lohn versprochen. Aber bald erweist es sich, daß er den Lohn nicht erhöht, sondern um 15 Kopfen erniedrigt. Die Arbeiterinnen gehen zum Gouverneur, um sich darüber zu beklagen, aber die zusammenberufenen Polizeikommissionen und Gendarmen sperren sie in den Westpark. Die Arbeiter der Waggonfabrik Pshvitz erfahren das und eilen ihnen zu Hilfe und befreien sie. Nun entsteht eine wahre Schlacht. Polizei und Gendarmarie schießen in die Massen. Viele werden getödtet, noch mehr verwundet. In der folgenden Nacht demoliren und zünden Arbeiter, Arbeiterinnen und Studenten des Polytechnikums (800 an Zahl) alle Vorwerke an. Keines ist übrig geblieben. Es steht schwarz aus. Alles wird geschlagen. Die allergrößten Helfer sind die Straßenjungen. Zu Hunderten angeammelt, reißen sie Plastersteine aus und übergeben diese den Arbeitern und werfen auch selber auf die Polizei. Am 7. Mai vermehrt sich die Zahl der Streikenden. Trotz aller Bewachung von Polizei und Soldaten versammeln sich im Garten Artabia um 12 Uhr nachts 7000 Arbeiter, zumeist lettische. Alle

*) In Libau ist unterdessen ebenfalls der Belagerungszustand verhängt worden.

diese Tage sind die gesamten Gasthäuser geschlossen, ohne dringende Nothwendigkeit darf sich niemand auf den Straßen zeigen. In derselben Nacht werden einige Fabriken angezündet. So geht es jeden Tag zu. Es schließen sich immer mehr Arbeiter an (auch von der Baltischen Waggonfabrik ungefähr 4000). Heute wird die angefangene Arbeit, d. h. die Demolierung der Fabriken, fortgesetzt. Arbeiter wie Fabrikanten und Polizeibeamte, alle gebrauchten Waffen. Ein Oxyler nach dem anderen fällt in dieser grauenhaften Schlacht. In unserem Hause wohnt ein Arzt, zu ihm werden viele Verwundete gebracht. Die Menschenmenge verliert die Furcht vor dem Oxyler. Es kommen Jüde an, werden aber nicht durchgelassen. Kolonnen reiten in die Menschenmengen und schlagen mit ihren Knäulen.

Die Nacht ist vorbei und wieder ist viel Blut geflossen. Die Arbeiter der Hölzerei- und Blechfabrik wollen heute die Arbeit niederlegen und wenn diese Forderungen nicht erfüllt werden, so wird die Fabrik niedergebrannt. Soldaten umringeln die Fabrik von allen Seiten, um sie zu schützen. Kolonnen reiten auf den Straßen, mit Hinten, Piken und Knäulen bewaffnet. Zwei Fabriken: Eisenfabrik Motor und die Spinnereifabrik (Eigentümer ein Engländer) sind in der Nacht niedergebrannt. Die vergangene Nacht hat viele Opfer gefordert. Die Zusammenkünfte abertrifft alle vorhergehenden. Gestört sind sehr viele. Wie man hört, werden Kanonen gebraucht, wenn die Streikenden nicht nachgeben.

Amerika.

Die Standard Oil Company. Der Generalanwalt des Staates Ohio, wo die Standard Oil Company incorporirt ist, hat der mit der Untersuchung der Trusts beauftragten Kommission in Washington einige Aufschlüsse über den Petroleumtrust gegeben. Er sagte, daß die zum Trust gehörenden Gesellschaften in Ohio über alles gebieten, was der Trust gebraucht, über die Produktion, den Transport, die Raffinerie und die Verlieferung des Petroleums. Der Trust habe sogar sein eigenes Telegraphensystem und wo er fremde Telegraphen benützt, da geniesse er große Vergünstigungen. Die Eisenbahnen befördern das Petroleum um 100 Prozent billiger als alle anderen Güter. Da der Trust den Verkaufspreis des Petroleums nach Belieben feststellen kann, kann er auch beliebig hohe Dividenden zahlen. Der Verwaltungsrath besitzt 466 280 Aktien von den 709 000 des Trusts, während der Präsident, John D. Rockefeller, davon allein so viel besitzt, daß sein Willkür ausschlaggebend ist. Die Anlagen des Trusts waren ursprünglich 97 250 000 Dollars werth, jetzt aber muß diese Zahl mit fünf multipliziert werden. Nach Ansicht des Generalanwalts, der bisher vergebens die Gesetze des Staates gegen die Standard Oil Co. anrufen hat, müßte der Hebel bei den Eisenbahnen angefaßt werden. Man solle diesen ihren Freiheitsbrief nehmen, wenn sie nicht aufhören, dem Trust billiger Frachtklässe zu gewähren. Die Bruttoeinnahmen des Trusts belaufen sich für Ohio Petroleum allein auf 120 000 000 Dollars jährlich und Alles, was über 4 Cents die Gallone eingenommen wird, ist Gewinn für den Trust dessen jährlicher Reinerwerb den Werth sämtlicher landwirthschaftlicher Produkte des Staates übersteigt. Auf Veranlassung der von ihm erhobenen Anklage, daß der Trust durch Bestechung eine Untersuchung zu verhindern versucht habe, wollte der Generalanwalt nicht näher eingehen, weil diese Angelegenheit gegenwärtig das Staatsobergericht beschäftigt.

Die Klagen der Neger. Mit besonderem Hinblick auf die vielen Lynchmorde, die in jüngster Zeit in den Südstaaten an Negern verübt worden sind, hat der amerikanische Bund der Farbigen, der „National Afro-American Council“ einen Aufruf an seine Mitglieder erlassen, der sie auffordert, den kommenden 2. Juni als einen Fast- und Betttag zu begehen und zum hartnäckigen Gott zu flehen, daß er sie erlöse von der ungerechten, grausamen und barbarischen Behandlung, der die Neger in einem großen Theile der Vereinigten Staaten verfallen seien. Unter den Klagen werden folgende aufgestellt: „Wir bezahlen jährlich Millionen Dollars, um auf „Jim Crow“-Cars zu fahren (den Niggerwagen der Eisenbahnen im Süden), die oft kaum genug als Viehwagen sind, und müssen doch so viel bezahlen wie andere, denen jede Annehmlichkeit und Bequemlichkeit gewährt wird. Indianer, Chinesen und Angehörige jeder anderen Rasse können reisen wie sie wollen. In manchen Theilen des Landes können wir, und wenn wir tausend Meilen fahren, nicht eine Tasse Kaffee oder eine Tasse Thee erhalten, weil keine Vorkehrungen getroffen sind oder getroffen werden dürfen, uns für unser Geld etwas zu essen zu geben.“ „Wir werden zu Tausenden vor die Gerichte geschleppt und zu jeder Art von Strafe verurtheilt, zur Todesstrafe sogar, ohne daß uns das Recht gewährt wird, vor einer Jury prozessirt zu werden, die ganz oder doch theilweise aus Vertretern unserer Rasse bestände; während es doch ein einfaches Gebot der Gerechtigkeit ist, uns Richter und Geschworene zu geben, die frei von Voreingenommenheit und Parteilichkeit über uns aburtheilen können.“ „In vielen Gegenden“ — heißt es weiter, — „werden wir auf leichtfertigen Verdacht hin, ohne Schuldbeweis, als angebliche Verübter der abscheulichsten und empörendsten Verbrechen verhaftet und ins Gefängniß geworfen; dann kommt ein Mob unwissender, böswilliger, oft trunkenen Leute, denen die Schlüssel zum Gefängniß und die Gefangenen ausgeliefert werden, und der unter Verdacht stehende Neger wird den Wächtern des Gesetzes entrissen, wird gemartert, gehängt, erschossen, zerfleischt und verflümmelt oder gar mit teuflischer Grausamkeit lebendigen Leibes verbrannt.“

Ostasien.

Das englisch-russische Abkommen betreffend China erweist sich mehr und mehr als ein großartiger Reifall für England. In Wirklichkeit hat das Abkommen, wie der Pekinger Korrespondent der „Times“ konstatiert, nur die englisch-russischen Mißhelligkeiten gesteigert, den britischen Einfluß in China geschwächt und große Unzufrieden-

heit bei den Japanern hervorgerufen. Die Russen sind so boshaft, sich bei der Forderung der Konzession zum Bau einer Eisenbahn von der Mandschurei nach Peking ausdrücklich auf das Abkommen mit England zu beziehen. Die chinesische Regierung legt der Forderung vorläufig noch Widerstand entgegen, aber schließlich wird sie gewiß doch nachgeben. Inzwischen werden die Russen immer anpruchsvoller. Da die russisch-chinesische Bank über den Bau einer Eisenbahn durch die Provinz Schansi nach der Hauptstadt der Provinz Schansi in Unterhandlung steht, hat der russische Gesandte dem Jung-li-Damen mitgetheilt, daß keine andere Konzession zum Bau einer Eisenbahn vom Süden her zur Herstellung dieser Eisenbahnverbindung ohne vorherige Zustimmung Rußlands gewährt werden dürfe.

Über und Nachbargebiete.

1. Juni.
Schweiburg ist gestern in dem „Vdh. Anz.“ besonders fleißig gewesen. Zunächst erwürgt er in einem Leitartikel die sozialistischen Pfingstbetrachtingen. Er hat nur einen Ausdruck für dieselben: frech. Wie wortarm! In demselben Produkt zieht er über die von Arbeitergroßen lebenden „Seyer“ her und redet große Dinge von der Unfähigkeit der Sozialdemokraten, zu verwalten. Die erste stereotype Redensart der von Arbeitergroßen lebenden Stimmlinge übergeben wir in Gemüthsruhe, — wir wissen, daß unsere Leser mit ihr vertraut sind und sie zu würdigen verstehen, — und auf die zweite gehen wir auch nicht um ihrer selbst willen, sondern deswegen ein, weil gerade eine Darstellung aus bürgerlichen Kreisen vorliegt, die als passende Illustration freundschaftlich erhabenen „Straßburger Neuesten Nachrichten“ liefern den selben. Das Urtheil derselben über die außerordentlich brillanten Leistungen der von Sozialdemokraten geleiteten Ortskrankenkasse haben wir bereits vor einiger Zeit wörtlich wiedergegeben. Es beweist, daß es auch noch Leute giebt, denen blinder Arbeiterhaß das ehrliche Urtheil noch nicht in dem Maße getrübt hat, wie es bei manchen national-liberalen Politikern der Fall ist. Die „Trägheit und Unfähigkeit“ scheint denn doch manchmal ganz gute Früchte zu zeitigen. — ad 2. ärgert es Schweiburg, daß die deutschen Arbeiter für die ausgesperrten dänischen Kollegen sammeln, er trägt, wie lange die Arbeiter dergleichen noch thun wollen. Wenn nicht alle Feigen trügen, werden sie es noch ebenso oft, wie gern machen. — ad 3. unterstellt er der Sozialdemokratie, sie begünstige die Vergnügungssucht der Arbeiter, weil sie dabei profitire. Thut uns leid! Da irrt der gute Mann. Wo die Arbeiter sich in öden Vergnügungen und stumpfsinniger Vereinsamerei ergöhen, pflegen sie wenig Sinn und Geld für die Organisation übrig zu haben, zu der wir sie durch Belehrung aller Art heranzuziehen trachten. Daß im übrigen auch der Arbeiter sich einmal amüßert, ist sein gutes Recht, und nicht das Privileg von Leuten, die es sich leisten können, Mitglieder von Millionenkubs und ähnlichen fashionablen Vereinen zu sein. — Kein Tag ohne ein paar Thorheiten! — Heute morgen paradiert Schweiburg mit zwei Wackeltüchern. In dem einen wird uns, speziell aber auch Liebknecht, Unkenntniß der englischen Verhältnisse vorgeworfen, in dem anderen der Krankenkassenkongreß als ein „sozialdemokratischer Mißerfolg“ hingestellt. Wir erwähnen es der Vollständigkeit halber.

Ein bedeutendes Feuer kam gestern Abend gegen 8 Uhr auf der Petroleumrampe am Volkshaus des Bahnhofes zum Ausbruch. Einige hundert Fässer Petroleum geriethen aus bisher unaufgeklärter Ursache in Brand. Ungeheure schwarze Rauchwolken zogen ca. 1/2 Stunde lang über die Stadt, Tausende von Menschen zum Holstenthore hinausstreckend, wo auf den Wallwegen stellenweise die Schaulustigen sich gewaltig drängten. In der Hast des Augenblickes hatte man vergessen, die Feuerwehr zu benachrichtigen, doch gelang es dieser und der Krempelstorfer Wehr, welche kräftig mit eingriff, nicht nur den stark bedrohten Volkshaus zu retten, sondern auch in verhältnißmäßig kurzer Zeit das Feuer zu bewältigen. Am meisten Schwierigkeiten verursachte die Dämpfung des brennenden, aus den playenden Fässern ausströmenden Petroleums. Erst als man zu dem bewährten Mittel griff, Sand in die Flammen zu werfen, war man ihrer bald Herr. Da der Wind nach der Stadtseite stand, konnte der Bahnverkehr im vollem Umfange aufrecht erhalten werden. Der Schaden dürfte ein nicht unbedeutender sein. Vernichtet wurden leider auch eine Anzahl statlicher Bäume. Eine stark bedrohte, den Verkehr mit Hamburg vermittelnde Telegraphenstange wurde mit großer Mühe gerettet. — Wie verlaunt, sollen Schulknaben das Feuer muthwillig angelegt haben.

pb. Diebstähle. Anzeige ist erstattet gegen zwei Dienstmädchen, von denen das eine seiner Herrschaft Kleider im Werthe von 18 Mark entwendet haben soll, während das andere einer Gärtnersfrau ein Medaillon und ein Armband gestohlen hat. — Einem Hausknecht wurden, vermuthlich von einem Bettler, Kleidungsstücke im Werthe von etwa 66 Mark aus einer verschlossenen Kammer gestohlen.

pb. Mißhandelt worden sein will ein Zimmerer bei der Arbeit von seinem Parlier.

pb. Entlaufen war vorgestern Abend ein Infasse der Zrenanstalt. Er wurde von einem Schutzmann in der Weinbergstraße angetroffen und zurückgeführt.

Verbotenes Baden. Laut Bekanntmachung des Polizeiamtes ist das Baden außerhalb der Badeanstalten außer im Hafen verboten: 1) In der Trave: auf der

Ein Nachwort.

iv. Mit offiziellem Pomp ist der Kongress für die Bekämpfung der Tuberkulose eröffnet und geschlossen worden. Sein Ergebnis ist die Feststellung der jedem sozialistischen Arbeiter und allen einsichtigen Sozialpolitikern und Gewerbetreibenden geläufigen Wahrheit, daß die Lungenschwindsucht als Massenkrankheit aus der kapitalistischen Wirtschaftsweise mit ihrer sozialen Noth entspringt, daß sie das besondere Leiden der proletarischen Schichten, deren Klassen- und Berufskrankheit ist. Interessant ist es, daß diese Tatsache vor dieser Öffentlichkeit und vor diesem Kongresse festgestellt worden ist. So gerne wir den guten Willen, der aus den vielerlei Vorurteilen und Nachsichtsprüchen, anerkennen, sie alle sind im besten Falle nur Palliativmittel, die an den Kern des Übels nicht rühren. Sie können, wenn sie in die Wirklichkeit überführt werden, lindern und in sehr beschränktem Maße auch vorbeugen, die Grundursache wird bleiben, da die bürgerliche Klasse nicht ihre eigene Daseinsbedingung, den Fortbestand des Kapitalismus, aus freiem Willen aufheben wird. Vom Wort zur That ist ein weiter Weg, und die Bourgeoisie kann ihn nicht gehen.

Der Herzog von Matibor, der dem Kongresse präsidiert hat, ist einer der Vorkämpfer des östlichen Christentums, er besaß schon im Jahre 1888 50 Güter mit einer Gesamtfläche von 34 026 Hektar und einem Grundsteuerertrage von 179 000 Mark. Wir haben nicht gehört, daß die Arbeiterzustände auf den oberösterreichischen Besitzungen des Herzogs Viktor sich von den sonst dort herrschenden unterscheiden. Im Regierungsbezirk Eppeln z. B. fällt nach den Erhebungen des Vereins für Sozialpolitik die starke Arbeit der Ehefrauen auf; die Löhne werden als abnorm niedrig bezeichnet. Die obligatorische Krankenversicherung besteht für landwirtschaftliche Arbeiter nicht, ebensowenig freiwillige Kräfte. Die Wohnung besteht aus Stube und Kammer im Kellereis Platz und wohl sonst meist aus nur einer Stube. Der Lohn für dauernd beschäftigte männliche Arbeiter beträgt im Durchschnitt 87 bis 95 Pfennige, für Frauen 55 bis 65 Pfennige. Die Lage der Arbeiter wird durchweg als „kümmerlich“ bezeichnet, Ernährung und Bekleidung sind ungenügend. Die Landflucht ist eine öffentliche Einrichtung, das Landproletariat ist heute noch rechtlos.

Die Arbeiter der Großindustrie und der Hausindustrie, die Ausgebeuteten des Industriefeudalismus, des Kaufmannskapitals, des Handels und Verkehrs bedürfen eines positiven, von Grund aus umgestaltenden Arbeiterschutzes, der die Pflichten schützt, der die Erkrankungsgefahren einschränkt, sie brauchen hygienisch gesicherte Arbeitsräume.

Als Hauptforderung aber erscheint der Normalarbeitsstag, die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit. Wie steht die Bourgeoisie zu der Frage, sagen wir nicht des Achtstundentages, nur des Zehnstundentages? Erinnere man sich, wie die bürgerlichen Gruppen des Reichstags, das Zentrum ausgenommen, die kümmerliche Wäckerordnung bekämpfen, wie die Reichsregierung feierlich den obligatorischen Ladenschluß als unannehmbar bezeichnet. Eine ersichtliche Reform ist in dem feudal-kapitalistischen Polizeistaat Preußen-Deutschland nicht zu erwarten, so lange sie von dem guten Willen der Kapitalistenklasse abhängt.

Ohne gute Arbeiterschutzgesetzgebung auf höchster Stufenleiter, ohne Normalarbeitsstag und ohne wirkliches Solidaritätsrecht keine positive Sozialpolitik! Und noch immer droht die Hüttenhausvorlage, und das heute herrschende Recht in Wunde von der Verwaltung am Ende bereits auf das härteste die Organisationsversuche und Lohnkämpfe der Arbeiter.

Ohne Arbeiterschutz, ohne Organisation, ohne Vereinigungsrecht, ohne politische Freiheiten keine Verbesserung der Lebenshaltung des werktätigen Volkes; Licht, Luft, reichliche Ernährung, menschenwürdige Arbeitsbedingungen, gesunde

Wohnung, bessere Gesundheitsverhältnisse sind ein Preis, der nur der kämpfenden Klasse zufällt, die all ihre Kraft einsetzt, um die Lohnknechtschaft zu zertrümmern.

Die Klassenbewußte Arbeiterschaft steht durch die Tuberkulose-Kongresse sozusagen die amtliche Bescheinigung über die Wichtigkeit ihrer Forderungen erbracht. Was geschaffen und eingerichtet wird, um der verheerenden Massenkrankheit, die neben der Syphilis die furchtbarste Volkskrankheit der Kulturwelt ist, durch die Palliativmittel der Kongressvorschlüsse Einhalt zu thun, sei als Abschlagszahlung angenommen. Der Versuch aber, diese Berliner Kundgebung als eine „große That“ deshalb zu bezeichnen, weil einem Bruchteil des Bürgerthums endlich die Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge der Lungenschwindsucht aufzuklären begonnen hat, wäre thöricht. Und auch für den spaltahnen Opportunismus, der sich anspruchslos mit doch so wenigem begnügt, heut diese dürre Weide kein Futter. Ganz zu geschweigen davon, daß die Mehrheiten, weil man in einflussreichen Kreisen einmal dafür Interesse zeigt, sich des neuesten Sports befleißigen, wie sie vorher Koloniallotterie, Thierschütz, Kirchenbauten, „Reitung Gefallener“, Flottenpatriotismus, Schlachtenmalerei, innere Mission und auswärtige Politik „mitgemacht“ haben. Davon kann auch nichts ändern die salbungsvolle Rede des Präsidenten Häbel, der sich in sein neues Amt als so heiligmässiger Fürsorge der Arbeiter eingeführt hat.

„Zum Schluß“ gegen „die Schlange ihrer Qualen“ müssen, wie Marx einmal sagt, „die Arbeiter ihre Köpfe zusammenrotten“ und als Klasse sich den sozialen und politischen Fortschritt, den Schutz für Leib und Leben, die Befreiung erkämpfen und erzwingen.

Soziales und Parteileben.

Zweits und Lohnbewegungen. Zur Beendigung des Stettiner Seemannsstreiks berichtet der dortige „Volksbote“: „Durch Verhandlungen am Sonnabend, welcher außer den hiesigen Kommissionsmitgliedern Genosse Müller aus Hamburg beizugewohnt, wurde eine Vereinbarung erzielt. Die Arbeiter erklärten sich bereit, sofort monatlich 3 Mk. anzulegen. Was die weiteren Beschwerdepunkte anbetrifft, so sollen diese durch eine von beiden Seiten eingeleitete Kommission geprüft werden und waren die Arbeiter zu weiterem Entgegenkommen bereit. Die Arbeiter verbrachten ferner, sämmtliche Strafanträge, soweit sie noch auf dem Staatsamt liegen und noch nicht der Staatsanwaltschaft übergeben sind, sofort zurückzugeben; bezüglich der letzteren ist es nicht möglich. Die Seeleute haben darauf beistimmen, die Arbeit wieder anzunehmen und sind noch am Sonnabend an Bord der Schiffe zurückgekehrt. Einige Schiffe waren schon ohne die vorgeschriebene Besatzung in See gegangen. Wie die Aufsichtsbehörde das zugehen konnte, ist uns unbegreiflich.“ Vom Streik der Steinbrucharbeiter in Gommern erzählt die „Magdeburger Volksstimme“, daß die zwischen den Unternehmern und Arbeitern gepflogenen Verhandlungen zu einer Einigung geführt haben. Es sind Lohnerhöhungen zugestanden.

Der Streik der Wallwischhakenarbeiter ist in einer am Sonnabend gepflogenen Verprechung der 29 noch nicht in Arbeit befindlichen Streitenden für aufgehoben erklärt worden. Die Leipziger Stukkateure haben mit großer Majorität den Generallstreik beschlossen. Seit dem 23. d. M. befinden sich in Stuttgart 150 Flaschnergehülfe in Ausstand, da ihnen die 1/2 stündige Arbeitszeit mit 15prozentiger Lohnerrhöhung nicht bewilligt wurde. Die Meister machen die verzweifeltsten Anstrengungen, um die Arbeitswilligen an der Arbeit zu hindern. In den Steinbrüchen von Crausines (Belgien), wo seit Januar über 2000 Arbeiter streikten, wurde infolge des massenweisen Erscheinens italienischer Streikbrecher, wie die „Ref. Blg.“ meldet, die Arbeit wieder aufgenommen.

Nothe Ansichtskarten. Im Verlage von J. S. W. Dieb Nachfolger in Stuttgart sind acht Ansichtskarten des „Wahren Jakob“ erschienen. Ihr Bilderschmuck ist den Lehren des „Wahren Jakob“ verhaftet. Die reproduzierten „Ansichten“ sind die beliebtesten Illustrationen, die das Blatt in letzter Zeit gebracht hat.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Mit Bierlingen weiblichen Geschlechtes beschenkt am Freitag die Frau eines Werkführers in Kreuznach ihren Vatten. Eines der vier kam todt zur Welt, während die drei anderen lebensfähig sind. -- Montag Abend drangen in Frankfurt a. M. zwei Individuen in das Parterre eines Hauses hinter der Judenmauer ein, als gerade der Verlobte eines Mädchens, deren Wohnung verlassen hatte, knielten das Mädchen, nagelten ihre Arme an den Fußboden an und raubten ihr Uhr und Geld. Die Räuber sind noch nicht ermittelt. -- Der Lithograph Hochrein und der Mechaniker Goepfl in Hünflingen (Württemberg) wurden wegen Fälschung von Reinguldennoten, die sie auf photographischem Wege täuschend nachahmten und in großer Menge verbreiteten, verhaftet. -- Ein gewaltiger Erbe mit Wollenbruch wüthete Montag Abend im ganzen Komitat Großardebain (Ungarn). Mehrere Dörfer sind überfluthet, einzelne Häuser wurden niedergesetzt. Der Schaden in Gärten und an Feldfrüchten ist ein bedeutender. In einem großen Theile des Torontaler Komitats richtete der Hagelschlag großen Schaden an. -- Ueber die Insel Lissa ging ein furchtbares Unwetter nieder. Der Schaden wird auf eine Million Gulden geschätzt. -- Ein großes Eisenbahnunglück wird aus Ausland gemeldet. Bei der Station Lirun, unweit Zlatarinoslaw, ist ein Personenzug mit einem Güterzug zusammengestoßen. Beide Lokomotiven und zehn Waggons wurden zertrümmert; ein Komodant und zehn Passagiere blieben todt; viele andere Personen wurden mehr oder minder schwer verletzt. -- Festige Hegegenüsse, verbunden mit Hagel und Orkan, richteten seit Freitag vielfachen Schaden an Eigenthum und an der Ernte in Nebraska, Süd-Dakota, Iowa, Wisconsin, Minnesota und Nord-Illinois an. Etwa 12 Personen sind verunglückt. Der Schaden wird auf Hunderttausende von Dollars geschätzt.

Von ordinären Studentenrüpeln wird auch aus Meissen berichtet. Unter der Flagge des Verbandes der Turnerschaften auf deutschen Hochschulen tummelten sich hierseits dieser Tage etwa 4000 Studenten. Wie sich die gebildete Jugend, der von der Stadt nicht das geringste Hinderniß in den Weg gelegt worden ist, zu deren Turnfest vielmehr noch 300 Mk. aus dem allgemeinen Steuerfiskus bewilligt worden waren, wie sich die akademischen Turnier hier aufgeführt haben, darüber berichtet, wohl unter dem Druck der entrüsteten Bürgerchaft, das konservative „Meissener Tageblatt“ also:

„Die schönen Tage des Studentenbesuches, auf welche sich die meisten Bewohner unserer Stadt im Voraus gefreut hatten, sind leider nicht ohne Mißklang vorübergegangen, denn das Betragen einzelner Mitglieder des „B. C.“ in nichtoffiziellen Theile des Festes ließ viel zu wünschen übrig und hat bei der hiesigen Bürgerchaft, die durchaus nicht philisterhaft angelegt ist, da man in einer Fremdenverkehrsstadt wie Meissen an derbe Späße gewöhnt ist, doch ernstliche Mißbilligung hervorgerufen. Jedenfalls hat es sich dabei gezeigt, daß das Bestreben der leitenden Korporation, die studentischen Sitten möglichst zu verbessern und das studentische Leben überhaupt zu verfeinern und zu veredeln, durchaus berechtigt ist. Es ist doch gewiß kein Ruhm für akademische Bürger, wenn das G. A. S. recht einer Stadt derartig mißbraucht wird, daß die gesammte Schupmannschaft aufgebieten werden muß, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten.“

Ein Kampf um's Recht.

Roman von Karl Emil Franzos.

(33. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Die Schreiber des Kaisers thun nach dem Beispiel des Kaisers und Des da droben: sie achten darauf, daß jedes Dorf seinen Richter wähle, und gömme ihm ihrerseits einen Theil ihrer Kraft und ihres Rechtes. Und das Gleiche thun die Richter gegen jeden der Hausväter. Dies ist die herrliche, tröstliche Leiter, welche die Erde mit dem Himmel und uns arme sündige Menschen mit unserem Schöpfer verbindet. Herrlich nenne ich sie, weil kein Menschenfium sie sich vollkommener ausmalen könnte, und tröstlich, weil auch über der untersten Sprosse dasselbe Gesetz wacht, wie über der obersten. Denn es ist gleichviel, ob ich Hirte oder Kaiser bin; wer mir Unrecht thut, begeht gleiche Sünde, und es ist die Pflicht derer, denen Gott die Macht dazu verliehen, sie mit gleicher Entschiedenheit abzuwehren. Darum habe ich mir die Sorge, recht zu handeln und erklittenes Unrecht nicht etwa schweigend hinzunehmen, sondern Jenen mitzutheilen, die von Gott eingesetzt sind, es abzuwehren. Alles Weitere ist ihre Sache!

„Weil mir dies noch heute als heiligste Ueberzeugung feststeht, darum kann ich mein einstiges Urtheil über Euch auch jetzt nicht für irrig erachten. Ihr dünktet mich wie die wilden Thiere, Euer Gang zur Selbsthilfe erfüllte mich mit blindem Entsetzen, bis ich zum Mindesten den Grund erkannte: Ihr hattet die Art Eurer Heilbehaltung, die einst vom Gebirge herabgestiegen und hier festhaft geworden. Sie hatten Recht daran gethan, die Flinte als Beweisstück zu erachten, denn Gott will, daß Jedem sein Recht werde. Darum hat er jene Ordnung aufgerichtet; da jedoch, wohin diese Ordnung nicht reicht, in der Bergwüste droben, muß die Macht, über sein eigen Recht zu wachen, an jeden Einzelnen zurückfallen. Gott selbst will es so, sonst hätte er in jene Orte keine Menschen gesetzt! Euch aber, die Ihr Recht

finden konntet, Euch galt jene Ordnung gleichfalls für Dunst! Das fiel mir mit entsetzlicher Wucht auf die Brust, und wenn schon das Verehrte in Euren Sitten und Einrichtungen meinen Hochmuth aufgestachelt, um so mehr dieser Trevel! . . .

„Viele von Euch werden sich noch meines Hochzeitstages erinnern, und wie ich vielfach verspottet wurde, weil ich gar so schwermüthig sei. Nun, traurig war ich wahrlich nicht, wohl aber sehr ernst. Ich war mir bewußt, wie nun ein völlig neues Leben für mich beginne, ein Leben voll der schwersten Pflichten. Denn ich hatte mich vor dem Altare nicht bloß meiner Anusia angetraut, sondern auch diesem Dorfe, nicht bloß ihr den Eid der Treue geschworen, sondern auch Euch und der heiligen Gerechtigkeit. Kein Wort sagt, wie mir an jenem Tage zu Muth war, wie meine Gedanken unablässig von meinem jungen Glück hinweg in die erste Zukunft schweiften. Denn ich empfand es tief, daß mein ganzes künftiges Leben nur eine Lüge sein würde, wenn ich nicht Alles daransetzte, auch hier den sichtbaren Willen Gottes erfüllt zu sehen. . . An meinem Hochzeitstage! -- seht, ein so grimmer Herr war mir mein Hochmuth . . .

„Ich ging an's Werk. Aber bald mußte ich einsehen, daß ich als einzelner Hausvater nichts Erkleckliches würde vollbringen können. Sollte meine Mühe nicht gänzlich fruchtlos bleiben, so mußte ich es aufstreben, Macht zu gewinnen und zum Aeltesten gewählt zu werden. Aber kleinliche Mittel hierzu anzuwenden, ging mir gegen das Gemüth. Ich mußte es Gott, dessen Reich auf Erden ich mehren wollte, überlassen, Eure Herzen zu lenken. Und als ich nun wirklich Aeltester wurde, bot ich auch Alles auf, was für dieses herrliche Ziel in meiner Kraft stand.“

„So that ich auch, als der neue Mandatar vor nun vier Jahren hierherkam. Ihr empfanget sofort heftige Abneigung gegen ihn, während ich ihn verteidigte. Der Erfolg hat Euer Urtheil bekräftigt, gleichwohl war't damals

Ihr im Unrecht, ich im Recht, denn Ihr hättet ja Hajel nur deshalb, weil er der Mandatar war! Dieser Haß ward mir zum Kräftestein meines Einfusses im Dorfe. Wen ich überzeugen konnte, daß dieser Mann nicht schon deshalb haßenswerth sei, weil er die Frohnde einfordern müsse, der konnte auch den Willen Gottes verstehen. In der That brachte ich Viele zu dieser Einsicht, und es kam der Tag, wo sich dies erprobte. Als der Mandatar unverhofft zu Maria's Geburt die Leistung des Viehtribut's forderte, stimmte Ihr meinem Vorschlage bei. Und dasselbe thatet Ihr in der schwierigeren Sache bezüglich der Waldrobot. Was ich nach jenen Versammlungen empfand, wird mir ewig unvergesslich bleiben. „Du Aelgerechter“, jubelte mein Herz, „nun wird auch hier Dein Wille erfüllt!“ Der alte Stefan wandte sich nun für immer von mir ab, es that mir sehr weh, aber jene reine, große Freude ward hierdurch nicht getrübt. Sie wäre mir auch dann im Herzen geblieben, wenn mich jene Versammlungen“ -- er sprach es langsam, mit wuchtiger Betonung -- „etwa die Liebe meines Weibes oder das Wohl meiner Kinder gekostet hätten! Der Bruch war unheilbar; es konnte keine Versöhnung geben zwischen dem Dorfe, wie es einst gewesen und wie es nun nach meinen Absichten werden sollte, und darum auch keine zwischen Stefan und mir. Gerade seine letzten Worte, so tief sie mich rührten, bewiesen mir, daß wir über alles Heiligste stets verschieden gedacht. Ich verstand ihn nicht, als er mir sagte: „Es muß schlimm ausgehen, wenn der Richter von anderem Schlage ist, als die anderen Männer.“ Ich war im Gegentheil überzeugt, daß es in Zulawee schlimm ausgehen müsse, wenn der Richter gleichfalls ein gewaltthätiger Mann wäre. Hätte ich einen meiner Gesinnung und einen Besseren, als ich, unter Euch gekannt, ich hätte es für Sünde gehalten, selbst die Richterwürde anzustreben. So aber gebot es mir ja geradezu mein Gewissen, meine Wahl zu wünschen! Ich wurde gewählt, einstimmig, wie nie ein Mann vor oder nach mir. „Wohl mir“, dachte ich, aber auch „wohl Euch.“ Nun

